

Präsidium  
eingelangt am

18. Okt. 2023

ANF

- Erledigung  
 Entwurf Antwort  
 Stellungnahme bis
- Rücksprache  
 Kenntnisnahme



Dein Tiroler  
Wirtschaftsbund

Ing.-Etzel-Straße 17  
6020 Innsbruck

## ANTRAG

des Tiroler Wirtschaftsbundes an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Tirol betreffend

### Abgabenquote senken statt Erbschafts- und Vermögenssteuern

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Tirol wolle beschließen:

**„Die Wirtschaftskammer Tirol wird aufgefordert, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, die Abgabenquote zu senken, anstatt über Erbschafts- und Vermögenssteuern zu diskutieren, die den österreichischen Wirtschaftsstandort gefährden.“**

### BEGRÜNDUNG

Der Ruf nach Erbschafts- und Vermögenssteuern kommt in regelmäßigen Abständen. Dabei liegt Österreich bei der Abgabenquote im Spitzenfeld: In einem OECD-Vergleich von 2021 weist Österreich mit 47,8% den dritthöchsten Wert auf. Angesichts der bereits bestehenden hohen Steuerlast bringt die Einführung solcher Steuern einen erheblichen Wettbewerbsnachteil für den Wirtschaftsstandort. Steuerpolitisches **Ziel** muss die **Senkung der Abgabenquote** sein und **keine neuen Steuern!**

Hinter der Forderung Erbschaftsteuern einzuführen, steht die Überlegung, dass dadurch die Ungleichheit abnimmt. Eine **Erbschaftssteuer** kann zudem dazu führen, dass **Unternehmen**, einschließlich Familienunternehmen, **zerschlagen** werden. Das hat schwerwiegende Auswirkungen auf Produktion, Beschäftigung und Wachstum.

Eine **Vermögenssteuer schwächt** die **Investitionskraft**, da Unternehmen Gewinne für zusätzliche Steuern verwenden müssen. Bei fehlenden Gewinnen belastet die Steuer das vorhandene Vermögen oder erfordert die Aufnahme neuer Schulden. Laut einer IHS-Studie würde bei Einführung einer Vermögenssteuer in Österreich mit einem Aufkommen iHv. 1 Mrd.€ ein langfristiger Rückgang des BIP um 0,65% (~3 Mrd.€) und ein Beschäftigungsrückgang drohen.

Auch wurde das Vermögen, das besteuert werden soll, bereits durch andere Steuern wie Einkommenssteuer oder Kapitalertragssteuer besteuert. **Erbschafts- und Vermögenssteuern** sind daher eine **Doppelbesteuerung!**

Besonders problematisch ist die **Vermögensbewertung**. Insbesondere bei Unternehmen, bei denen keine aktuellen Marktpreise verfügbar sind, werden aufwendige und kostspielige Verfahren benötigt, um annähernde Marktwerte sicherzustellen.

Letztlich sind **Erbschafts- und Vermögensteuern** volkswirtschaftlich betrachtet **ineffizient**, da die hohen Verwaltungskosten die zusätzlichen Steuereinnahmen auffressen.

Aus guten Gründen wurde die Erbschaftssteuer 2007 vom Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig aufgehoben und die negativ wirkende Substanzsteuer in Österreich schon vor mehr als 10 Jahren von einem sozialdemokratischen Finanzminister abgeschafft.

Innsbruck, am 18. Oktober 2023

Für den Tiroler Wirtschaftsbund



**Ab.z.NR Franz Hörl**

Landesobmann

Tiroler Wirtschaftsbund



**Christoph Walser**

Präsident

Wirtschaftskammer Tirol